

The SPD logo consists of a solid red square with the letters "SPD" in white, bold, sans-serif font centered within it.

SPD

**EUROPA MUSS SOZIAL UND
DEMOKRATISCH WERDEN
*FÜR EINE GRUNDLEGENDE
REFORM DER EUROPÄISCHEN
UNION***

Grundwertekommission
beim Parteivorstand der SPD

www.spd.de

Impressum:

SPD-Parteivorstand, Referat II/1 Grundsatzfragen, Dr. Hans Misselwitz,
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, E-Mail: Grundwertekommission@spd.de

Stand:

Berlin, November 2012

Art.-Nr.:

3000334

Druck:

werbeproduktion bucher, Kurfürstenstr. 15-16, 10785 Berlin

INHALT

Vorwort S. 3

1. Für eine grundlegende Reform der Europäischen Union S. 4

2. Eine Neugründung ist möglich S. 6

3. Grundwerte und Grundlagen des neuen Europa S. 8

3.1 Europa der Bürgerinnen und Bürger S. 8

3.2 Soziales Europa S. 10

3.3 Europa der Vielfalt S. 11

3.4 Europa in der Welt S. 12

4. Die Krise für den Neubeginn nutzen S. 14

4.1 Der Europäische Mehrwert S. 14

4.2 Mehr Transparenz und Mitbestimmung S. 15

4.3 Unterschiedliche Geschwindigkeiten S. 19

5. Womit beginnen? S. 22

6. Europa im 21. Jahrhundert S. 23

VORWORT

Die europäische Integration ist seit einigen Jahren ins Stocken gekommen und nun in einer ernststen Krise. Die Grundwertekommission der SPD hat sich daher in mehreren intensiven Diskussionsrunden mit den programmatischen Perspektiven Europas befasst und präsentiert nun als Resümee dieses Positionspapier. Ziel dieses Papiers ist es nicht, eine fiskalpolitische oder institutionelle Lösung der aktuellen Refinanzierungskrise mehrerer Mitgliedsstaaten des Euroraums zu präsentieren, so ernst diese Problematik genommen werden muss, sondern eine langfristige, nachhaltige und tragfähige, Grundwerteorientierte Programmatik sozialdemokratischer Europapolitik zu entwerfen, gestützt auf eine kohärente Analyse der Ursachen.

Nach meiner festen Überzeugung kann die Strategie Jean Monnets nicht unverändert fortgeführt werden. Der Verzicht auf klare Zielsetzungen und institutionelle Konzepte war für die Gründungsphase der EU ein Mittel, um angesichts unüberbrückbar erscheinender Differenzen zu tun, was Schritt für Schritt möglich ist und den Staatsvölkern der Mitgliedsländer Zeit zu lassen, sich mit der Europäischen Integration anzufreunden. Jetzt kann nur eine stimmige Konzeption vertiefter Integration und demokratischer Legitimation Europa aus der aktuellen Krise führen, die zu einem wesentlichen Teil Folge verschwommener Programmatik war: Die gemeinsame Währung wurde ohne die notwendige institutionelle Stützung eingeführt; die Erweiterung vorgenommen, ohne die Entscheidungsverfahren auf das größere Europa auszurichten und vor allem wurde die soziale und die kulturelle Dimension europäischer Integration vernachlässigt.

An diesen Defiziten setzt unser Positionspapier an. Unser Ziel war es nicht fertige Antworten zu geben, sondern einen Diskussionsbeitrag zu den programmatischen Perspektiven sozialdemokratischer Europapolitik zu formulieren.

Die Arbeit an diesem Papier fand in einer Zeit statt, in der immer neue Krisenphänomene und dadurch herausgeforderte Fragen die europäische Politik beschäftigten. Angesichts einer so noch nie dagewesenen öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema „Europa“ sah sich die Kommission selbst vor die Aufgabe gestellt, diese Entwicklung ständig mit zu verarbeiten, sich neuen Fragen zu stellen und neue Aspekte zu aufzunehmen. Daher möchte ich den Mitgliedern der Grundwertekommission danken für die engagierte Mitarbeit, die intensive Diskussion und die vielen wichtigen Anregungen, die in dieses Papier eingeflossen sind. Besonders danken möchte ich für ihre maßgebliche inhaltliche Federführung Almut Möller, aber auch Dierk Hirschel, Henning Meyer, Thomas Meyer, Nina Scheer, Gesine Schwan und Hermann Schwengel für ihre Beiträge, sowie Hans Misselwitz für die Koordination und inhaltliche Abstimmung des Arbeitsprozesses.

München, Ende November 2012



Julian Nida-Rümelin

Vorsitzender der Grundwertekommission

1. Für eine grundlegende Reform der Europäischen Union

Wir brauchen ein vereintes Europa. Deshalb brauchen wir die Europäische Union. Aber wir benötigen sie in einer sozialen und demokratischen Gestalt. Wer daran zweifelt, wird durch die Krise eines Besseren belehrt. Deshalb ist die Krise für eine grundlegende Reform zu nutzen. Am besten wäre eine Neugründung, an der alle beteiligt sind und die allen die Chance einräumt, gleichberechtigt mitzuwirken.

In der gegenwärtigen Debatte um die Zukunft Europas und der Europäischen Union tritt ein Deutungskonflikt zu Tage, der auch das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger, der Parteien und der Staaten betrifft. Ihm müssen wir uns stellen, um zu einem neuen Selbstverständnis in einer größeren Gemeinschaft zu finden, die von allen getragen wird. Das ist eine Herausforderung nicht nur für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, sondern für den Umgang der Menschen miteinander, die oft nicht wissen, wie sehr sie bereits zu Europäern geworden sind. Sehr viel radikaler als noch in den Reformrunden von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon stellt sich heute die Frage der Ziele, der Tiefe und der institutionellen Konsequenz des Integrationsprozesses.

Dabei standen noch vor wenigen Jahren, als der Vertrag von Lissabon Ende 2009 in Kraft trat, alle Zeichen auf Konsolidierung des Erreichten. Der Vertrag nahm das Scheitern des Verfassungsprojekts als gegeben hin und versuchte den Reformprozess der Europäischen Union zu einem administrativen Abschluss zu bringen. Das hat sich als unzureichend erwiesen.

Die Finanzkrise hat die Wirtschafts- und Währungsunion der europäischen Staaten (WWU) erschüttert und damit einen Grundpfeiler der Europäischen Union schon wenige Monate nach Inkrafttreten des Vertrags ins Wanken gebracht. Darin liegt eine ernste Gefahr für alle Europäer. Aber die Krise eröffnet auch einen Raum, um die

Grundlagen des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln. Europapolitik ist wie alle Politik nie alternativlos und Krisen bieten die Chance, die Alternativen auch zu nutzen.

Die vergangenen zwei Krisenjahre der Eurozone haben deutlich gemacht, dass Flickschusterei die Lage nur verschlimmert. Es bedarf einer umfassenden Prüfung, einer konzeptionellen Orientierung und eines entschlossenen Handelns. Die offenkundigen Probleme müssen den Anstoß für einen Neuanfang geben, der Europa nicht nur handlungsfähig und stabil, sondern auch wahrhaft demokratisch macht. Es gibt es einen grundlegenden Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Ordnung, der in der institutionellen Verfassung Europas zum Ausdruck kommen muss. Folglich ist der von niemandem mehr zu leugnende Handlungsdruck zu nutzen, um die Weichen für eine demokratische, solidarische und gerechte Europäische Union zu stellen. Wenn es gelingt, sie im Inneren zu erneuern und zu festigen, wird sie das auch in ihren äußeren Beziehungen stärken. Scheitert sie, wird Europa alsbald nur noch ein Schatten seiner vergangenen geschichtlichen Bedeutung sein.

Zur grundlegenden Reform sind Weitsicht und Mut erforderlich. Wie einst bei Willy Brandts Ostpolitik gilt es heute zu erkennen, dass die Zukunft von Deutschlands nationalen Interessen und erst recht des sozialdemokratischen Interesses an Gerechtigkeit in Freiheit untrennbar mit einer aktiven europäischen Einigungspolitik verbunden ist.

Dabei dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass es auch in Deutschland eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die oft berechtigt kritische Fragen an die deutsche Europapolitik und an die Funktionsweise der EU stellen. Viele Menschen wissen auch nicht mehr, was sie dem Frieden in Europa, dem gemeinsamen Markt und den offenen Grenzen verdanken. Sie stehen der Europäischen

Union skeptisch oder gar ablehnend gegenüber. Das macht die Überwindung der Krise auf dem Weg einer grundlegenden Reform der EU zu einer politisch besonders sensiblen Aufgabe. Aber da es ohne die Zusammenarbeit im Rahmen der EU für jedes Land und für die Bürgerinnen und Bürger in Europa wirtschaftlich, sozial und kulturell nur noch schwieriger werden würde, muss es gelingen, neue politische Energien für ein vereintes Europa zu mobilisieren.

Wir brauchen Ideen, wie diese „neue EU“ gebaut werden kann. Beim Nachdenken über den künftigen Integrationsprozess müssen wir auch bereit sein, uns von Vorurteilen und von Vorbehalten, aber auch von harmonistischen Illusionen zu befreien. Die auf Konfliktvermeidung und idealen Konsens zielende Europadebatte in Deutschland hat manche Enttäuschung begünstigt. Deshalb sind auch zentrale Leitmotive des Integrationsprozesses im Licht ernüchternder Erfahrungen zu überdenken und mit Blick auf die bestehenden Herausforderungen neu zu formulieren. Die Krise gibt uns die Chance, die Europäische Union des 21. Jahrhunderts neu zu denken. Wir müssen die Frage beantworten, wie die EU als soziale Demokratie verfasst sein muss und im Bewusstsein der geschichtlichen Erfahrungen in Europa auch verfasst sein kann.

Auch das gewachsene kritische Bewusstsein von der historischen Rolle Europas in der Welt verlangt eine neue Deutung der politischen Aufgaben. Wir können mit der schweren Erbschaft der europäischen Geschichte nur leben, wenn wir versuchen, sie als die Verpflichtung begreifen, die Welt nicht länger belehren und bekehren zu wollen. Stattdessen haben wir uns auf dem höchst begrenzten eigenen Terrain ein Beispiel dafür zu geben, welche Lehren wir für uns selbst gezogen haben.

Wir stehen vor weitreichenden und teilweise noch nicht zu überblickenden Veränderungen im Integrationsprozess. Die Europadebatte in Deutschland aber ist selbst zum jetzigen Zeitpunkt arm und leidet unter einem Mangel an Kreativität. Sie ist

zumeist geprägt von allgemeinen Bekenntnissen - „mehr Europa“, „echte WWU“, - die zu abstrakt sind, um zu einem informierten Streit über die künftige Richtung der EU beizutragen.

Aber die Chance zur Veränderung ist da, und sie kommt vielleicht nie wieder. Die jetzt gegebene Phase der Offenheit müssen die Sozialdemokraten Europas nutzen, um zusammen mit Gewerkschaften und NGOs, aber auch mit Kirchen, Sozialverbänden, kulturellen Vereinigungen und anderen gesellschaftlichen Akteuren ein wirklich soziales und demokratisches Europa zu konzipieren und umzusetzen.

In diesem schwierigen und großen Einsatz fordernden Prozess kommt Deutschland eine gewichtige Rolle zu. Die Verantwortung aber muss von allen getragen werden und die Leistungen sind von allen zu erbringen. Jetzt sind überzeugende Ideen und ein Engagement gefragt, das nicht auf die Akteure der politischen Administration beschränkt bleibt. Nur so kann eine Reform der EU in Gang kommen, die allen Europäerinnen und Europäern eine Zukunft sichert. Wir brauchen eine vertiefte Integration der Staaten und Bürger Europas in einer neuen Europäischen Union, die ihren Einfluss in der Welt geltend macht, ihre Unabhängigkeit wahrt und ihre Handlungsfähigkeit nach innen und nach außen unter Beweis stellen kann.

2. Eine Neugründung der Europäischen Union ist nötig

Die EU ist heute nicht mehr gleich bedeutend mit wachsendem Wohlstand, höheren Einkommen, mehr Arbeitsplätzen und Sicherheit. Der Union gelingt es immer weniger, ökonomischen und sozialen Fortschritt zu verbinden. Die nationalen Lohnquoten sinken. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Von Paris bis Athen ist die Einkommens- und Vermögensverteilung deutlich ungleicher geworden. Überall in der EU wächst der Niedriglohnsektor. Die Zahl der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse steigt. Mittelfristige Lebensplanung wird für immer mehr Europäerinnen und Europäer zu einem Drahtseilakt. Die Absicherung der zentralen Lebensrisiken gelingt nicht mehr. In vielen Ländern kam es zu massiven Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme. Das Rentenniveau sinkt und die Gesundheitsversorgung verschlechtert sich. Die Arbeitslosigkeit erreicht europaweit neue Rekordstände. Die längst auch zu einer politischen Bedrohung werdenden sozialen Verwerfungen lassen die Legitimation des europäischen Projekts brüchig werden.

Wird das vom sozialen Abstieg bedrohte Europa ohne Reformmaßnahmen fortgeführt, droht es zu einem „Elitenprojekt“ zu werden, das, auf Kosten der Mehrheit, nur einer Minderheit Vorteile bringt. Während Banken gestützt werden, müssen die Unionsbürgerinnen und Bürger im Zuge des Umbaus der Krisenländer die Lasten tragen. Dazu passt, dass die Politik der Europäischen Kommission und des Rates sowie die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofes immer wieder die abhängig Beschäftigten benachteiligten. Viele Menschen haben das Gefühl, auf die europäischen Rahmenbedingungen für die Politik keinen oder kaum Einfluss nehmen zu können. Die Beteiligung an den Europawahlen sank zuletzt auf 43% der Wahlberechtigten. Das scheinbar allgemeine Desinteresse an Europa spiegelt aber nur das mangelnde Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Europas in die Gestaltungskraft des Europäischen Parlaments. Jetzt wächst in Europa nun auch noch eine junge Generation der Pers-

pektivlosen heran, für die das europäische Versprechen nicht eingelöst wird und das Vertrauen in eine europäische Lösung der Krise schwindet.

Der falschen Analyse folgt die falsche Strategie

Verantwortlich dafür sind allen voran die Regierungen Merkel und Sarkozy. Sie haben die Euro-Krise in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet und damit Ursache und Wirkung vertauscht. Für die seit 2009 sprunghaft gestiegenen Staatsschulden sind nicht zu hohe Sozialausgaben verantwortlich, sondern die durch die Bankenrettung notwendig gewordene zusätzliche Verschuldung. Der falschen Analyse entsprang seit 2010 die falsche Strategie für die Lösung der Probleme: die einseitige Kürzung der Staatsausgaben. Das treibt Europa in die Rezession. Die Wirtschaft schrumpft, Arbeitslosigkeit und Schulden steigen. Das hat zerstörerische Auswirkungen für die innere Stabilität der Eurozone.

Die eigentlichen Ursachen der Krise sind die gewachsenen wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euro-Raum und die von den Kapitalmärkten verschlechterten Refinanzierungsbedingungen für Staaten mit negativen Leistungsbilanzen. Während Deutschland seit Einführung des Euro immer größere Leistungsbilanzüberschüsse erzielt, häuften die südeuropäischen Staaten wachsende Leistungsbilanzdefizite an. Dafür ist auch die schwache deutsche Lohnentwicklung verantwortlich, die deutsche Waren und Dienstleistungen relativ zu italienischen, spanischen oder griechischen Produkten verbilligte und so die Ungleichgewichte in den Handels- und Kapitalströmen vergrößerte. Derartige wirtschaftliche Ungleichgewichte können im gemeinsamen Währungsraum aber nicht mehr durch Auf- und Abwertung der nationalen Währungen kompensiert werden.

Die Finanzmärkte, über die sich verschuldete Staaten finanzieren, waren nun praktisch eingeladen, auf deren Staatsanleihen und schließlich auf das

Zerbrechen der Währungsunion zu spekulieren. Regierungen großer demokratischer Länder mussten um das Vertrauen der Märkte werben. Die mit Steuergeldern geretteten Banken und Versicherungen bestimmen den Preis, zu dem sich Staaten frisches Kapital leihen können, urteilen über die Kreditwürdigkeit Madrids, Dublins oder Athens. Investmentbanken und Hedge-Fonds können mit Kreditausfallversicherungen auf die Pleite einzelner Staaten wetten. Folglich steigen die Risikoprämien. Finanzinvestoren, die noch kürzlich Spareinlagen in den Geisterstädten der Costa del Sol versenkten, sollen jetzt die europäischen Kassenwarte disziplinieren. Das muss nicht so sein.

Welche Schlussfolgerungen sind aus der Krise zu ziehen?

■ Die sogenannte Euro-Krise ist keine Währungskrise, denn Währungskrisen zeichnen sich durch eine schwache Währung aus, die gegenüber anderen Währungen abgewertet wird.

■ Die aktuelle Krise ist auch nicht primär eine Staatsschuldenkrise, denn das zeigt ein Blick auf Staaten wie Japan oder die USA, die weit höher verschuldet sind als Staaten im Euro-Raum und dennoch nur sehr geringe Refinanzierungskosten zu tragen haben.

■ Die aktuelle Krise ist wesentlich durch die Verselbständigung der Finanzmärkte ausgelöst, die sich von den realökonomischen Marktprozessen abgelöst haben. Das ist durch die Globalisierung des Geldverkehrs begünstigt worden, der sich der rechtlichen Kontrolle weitgehend entzogen hat. Hier liegt ein Versagen aller Staaten, und man kann es gar nicht anders als tragisch nennen, dass die europäischen Staaten hier nicht zu einer einheitlichen Politik gefunden haben.

■ Die europäische Finanzkrise muss man als selbstverschuldet ansehen. Die Tatsache, dass Europa zu einem exponierten Opfer der Finanzmarktkrise hat werden können, liegt wesentlich an der institutionellen Schwäche der Europäischen Union. Sie ist eine Folge der Handlungsunfähigkeit der europäischen Institutionen.

■ Diese institutionelle Krise resultiert ursächlich aus einem System von Wettbewerbsstaaten, das die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zwischen den Mitgliedsstaaten nicht korrigieren kann. Das Fehlen von gemeinschaftlichen Institutionen zur Behebung wirtschaftlicher Ungleichgewichte einerseits wie auch des Schuldenmanagements andererseits hat zur Folge, dass die Staatsanleihen nicht gemeinschaftlich abgesichert sind, so dass auf den globalen Finanzmärkten mit nationalen Schulden des Euro-Raums gewettet werden kann.

Dieser institutionellen Krise kann nur in zweierlei Weise begegnet werden:

■ Entweder Rückkehr zu nationalen Währungen mit großen Risiken für die wirtschaftliche Situation der betroffenen Länder, aber auch der Weltwirtschaft als ganzer.

■ Oder durch institutionelle Absicherung der gemeinsamen Währung. Sie muss sowohl der engen realwirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen ihrer Mitgliedsstaaten Rechnung tragen als auch der Tatsache, dass die Eurozone infolge längst zu einer Haftungs- und Transferunion geworden ist.

Bisher verhinderte das formal die sogenannte „No-bail-out-Klausel“ des Maastrichter Vertrags, also das Verbot der Mithaftung für Schulden anderer Länder. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte führen dazu, dass die Handelsbilanzdefizite der heutigen Schuldnerstaaten mit Krediten aus den Überschussländern finanziert werden. Daher sind ein gemeinsames Schuldenmanagement der Eurozone und die Schaffung neuer europäischer Institutionen, die das dauerhaft ermöglicht, dringend geboten. Die institutionelle Absicherung der gemeinsamen Währung und damit der in dieser Form schon vorgenommenen vertieften Integration des Euro-Raums erfordert also eine gemeinsame fiskalpolitische Verantwortung. Eine gemeinsame Währung ist nur aufrechtzuerhalten, wenn in diesem Punkt ein Souveränitätsverzicht stattfindet.

3. Grundwerte und Grundlagen des neuen Europa

Eine Europäische Union für das 21. Jahrhundert, die die Krise überwindet, indem sie in die Lage versetzt wird, öffentliche Güter in europäischer Perspektive bereit zu stellen, verlangt neue Ziele, Institutionen und Verfahren. Die Debatte über die institutionelle Neuordnung der Union kann freilich heute nicht im Vordergrund stehen, weil sie die aktuellen Probleme nicht löst. Die Grundwerte der Europäischen Union und die Institutionen und Verfahren, die sie braucht, müssen im Lichte der Erfahrungen mit der Krise des Euroraums neu bestimmt werden. Alle Schritte der Reform der EU müssen im Hinblick auf die neuen Ziele erfolgen.

3.1 Europa der Bürgerinnen und Bürger

In der Krise hat sich Europapolitik vor allem als Angelegenheit von Regierungen dargestellt. Ein Gipfeltreffen, in dem sich Spitzenpolitiker mit einer Handvoll von Beratern hinter verschlossenen Türen treffen, jagt das nächste. In EU-Hauptstädten wurden im Zuge der Krise technokratische Regierungen eingesetzt, die sich nicht dem Wählerwillen in ihrem Land stellen mussten, Wahlen wurden verschoben. Die Konditionen der europäischen Hilfen für Krisenländer haben demokratische Prinzipien bis an ihre Grenze strapaziert. Die nationalen Parlamente können bei den Beratungen hochkomplexer Sachverhalte und den unter Zeitdruck einberufenen Abstimmungen nicht mehr mithalten. Forderungen nach der effektiven Aufhebung der nationalen Haushaltssouveränität liegen auf dem Tisch. Die Europäische Zentralbank steigt immer stärker in die Finanzierung von Staaten ein, ohne ausreichendes Mandat und demokratische Legitimation. Verfassungsgerichte spielen eine wachsende Rolle bei Richtungsentscheidungen, die im politischen Raum ausgefochten werden müssten. All das schadet der Demokratie in Europa.

Während sich die Debatte um die demokratische Legitimation der Europäischen Union in den Vertragsreformen seit Maastricht immer wieder um

die gleichen Fragen drehte – vor allem um umfassende Rechte für ein wirklich repräsentatives Europäisches Parlament, um die echte Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission, um eine angemessene Gewichtung der Stimmanteile der EU-Länder, um eine Stärkung der nationalen Parlamente und mehr direkte Bürgerbeteiligung – hat die Krise die Frage nach der Zukunft der Demokratie in Europa radikaler gestellt. Es geht inzwischen nicht mehr darum, wie die demokratische Legitimation der EU-Institutionen gestärkt werden kann, sondern um die Substanz der Demokratie in Europa. Ihr droht Auszehrung, wenn globale Finanzmärkte per Mausclick funktionieren und das Primat der Politik aushebeln.

Wer entscheidet über unsere Zukunft in Europa?

Die Zukunft der Demokratie ist keine Frage, die auf die Europäische Union begrenzt ist, sie betrifft ebenso die Demokratie auf nationaler Ebene. Besonders die Sozialdemokratie als internationale Bewegung zur Überwindung der Probleme des Kapitalismus muss überzeugende Antworten auf sie geben. Weil es letztlich die europäischen Völker sind, die die Politik drängen und legitimieren können, die ihr von „den Märkten“ geraubte Souveränität auf nationaler und europäischer Ebene zurückzugewinnen, stehen wir vor einem Entwicklungsschritt der EU und ihrer Mitglieder, der demokratisch organisiert werden muss. Die weitreichenden Entscheidungen der Europäisierung nationaler Politik, die jetzt zwischen den Regierungen der Eurozone ausgehandelt werden, dürfen nicht ohne die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger Europas getroffen werden.

Noch sind die in der Europäischen Union lebenden Menschen aber vor allem Bürgerinnen und Bürger ihrer Nationalstaaten. Wenn wir bereits von Bürgerinnen und Bürger Europas sprechen – als Menschen, die sich wechselseitig als gleichberechtigte Mitglieder einer im Aufbau befindlichen politischen Gemeinschaft anerkennen – dann liegt in

dieser Anerkennung schon ein Weg, diese Gemeinschaft zu konstituieren. Dass sich Menschen von Finnland bis Griechenland, von Irland bis Estland über alle sozialen, kulturellen und religiösen Differenzen hinweg gemeinsam als Bürgerinnen und Bürger eines Europas erfahren, ist ein Vorgriff auf ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Alles, was die Verständigung zwischen den Bürgerinnen und Bürger Europas verbessert, deren Solidaritätsbereitschaft mobilisiert und ihnen ein größeres Maß an demokratischer Kontrolle in der EU ermöglicht, heißt aber nicht, die Bürgergesellschaften in den Mitgliedsländern zu ersetzen. Die Bürgerinnen und Bürger Europas, werden auf lange Sicht daher eine zweifache politische Identität haben, als Bürgerinnen und Bürger eines gemeinsamen Europas und zugleich der Länder, die sich zu einer Europäischen Union zusammengeschlossen haben.

Die politischen Parteien können und müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb verlangt das vor allem von den Sozialdemokraten Europas einen entscheidenden Schritt ihrer Europäisierung, damit sie in dieser Prägephase der neuen Europäischen Union Einfluss nehmen können.

Die vergangen Monate haben gezeigt: Die Menschen in Europa mischen sich durchaus selbst ein, wenn sie den Eindruck haben, dass es um wichtige Entscheidungen über ihre Zukunft geht, und wenn sie in Wahlen und Abstimmungen die Möglichkeit haben, sich Gehör zu verschaffen. In Deutschland haben sie dazu in der Bundestagswahl 2013 Gelegenheit, 2014 steht die nächste Direktwahl zum Europäischen Parlament an. Nur wenn die Sozialdemokratie sich diesen Wahlen offensiv und mit einem überzeugenden Programm für Europa stellt, kann es ein soziales und demokratisches Europa geben.

Die Krise als Katalysator einer europäischen Öffentlichkeit

Die Europapolitik ist endlich auf den Titelseiten, in den Parlaments- und Wahlkampfdebatten und in der öffentlichen Diskussion angekommen. Sie zeigt

auch eine Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern, die wie nie zuvor die Frage nach Kosten und Nutzen der Europäischen Union für Deutschland und sich selbst stellen. Auch populistische Stimmungsmache ist damit verbunden. Ihr muss nun endlich mit dem Mut zur Wahrheit und zu Alternativen entgegengetreten werden.

Das Versagen der regierenden Koalition in Deutschland besteht nicht in erster Linie in ihrem prinzipiell reaktiven Verhalten, sondern darin, das Bewusstsein für den notwendigen tiefgreifenden Wandel nicht geschärft, sondern eher still gestellt zu haben, um die eigenen Wähler nicht zu überfordern. Wir müssen daher eine neue Debatten- und Streitkultur zur Europapolitik zulassen. Und wir müssen lernen, eine Sprache für sie zu finden, die weder auf Experten beschränkt ist, noch bloßer Appell bleibt. Auf Extrempositionen, wie sie in anderen EU-Ländern bereits gang und gäbe sind und nun auch bei uns stärker Widerhall finden, mit der Moralkeule zu reagieren, ist der falsche Weg. Wer die Europäische Union weiter bauen möchte, muss lernen, die eigenen Argumente zu schärfen. Die alten Tabus der Debatte sind gebrochen; die neuen Grenzen werden erst im Zuge der neuen Diskussion über Europa selbst gefunden werden können.

Das lässt der Politik letztlich nur die Wahl, mit den Kontroversen der Europapolitik offen auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen und um ihre Unterstützung zu werben. Dies ist nicht zuletzt auch deshalb eine so große Herausforderung, weil es vielen Menschen an grundsätzlicher Akzeptanz und Vertrauen in die Europäische Union als solche fehlt. Dazu haben Jahrzehnte der verfehlten EU-Informationspolitik mit Hochglanzformaten für „die gute Sache“ ebenso beigetragen wie die bloße Beschwörung der großen Ziele ohne Kontakt zur europäischen Alltagsrealität.

Dies betrifft gerade die junge Generation. Zwar gibt es junge Europäerinnen und Europäer, die begeistert die Mobilität, die ihnen die EU ermöglicht, zur Verwirklichung ihrer Lebensträume nutzen.

Sie können und werden die neue Europäische Union, die wir jetzt bauen müssen, mittragen. Ihnen gegenüber steht aber eine Mehrheit junger Menschen, die an diesem Traum bisher nicht teilhaben konnten. Gerade für sie müssen wir wieder eine Perspektive in Europa finden. Und wir müssen den Unionsbürgerinnen und Bürgern helfen, sich in diesem Europa zurechtzufinden, indem wir neben dem wirtschaftlichen und sozialen auch den kulturellen Zusammenhalt wieder stärker fördern.

Seit Jahren erodiert die kulturelle Basis des europäischen Einigungsprozesses. Die Kulturbeziehungen zwischen den Ländern schwächen sich ab, die wechselseitige Kenntnis der Sprachen der Nachbarländer in Europa geht zurück. Weniger Kinder in französischen Schulen lernen Deutsch, weniger Kinder an deutschen Schulen lernen Französisch. Sprachenkenntnisse, gegenseitige Anerkennung durch kulturellen Austausch und kulturelle Interessen sind für eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit und für einen sensiblen Umgang mit regionalen, kulturellen und politischen Differenzen unverzichtbar. Eine vertiefte Integration in Richtung einer politischen Union setzt daher den Aufbau einer kulturellen Säule voraus. Mehrsprachigkeit, Bildungsmobilität, eine Kultur der kulturellen Anerkennung über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg, gemeinsame Bildungseinrichtungen, trilaterale Projektförderung in Kunst, Kultur und Forschung sind auszubauen. Alle Deutschen sollten wenigstens die Sprache sprechen, die in ganz Europa verstanden wird. Und das ist – so leid es vielleicht dem einen oder anderen auch tun mag – Englisch.

Einzig die in der Krise erwachte europäische Öffentlichkeit kann der Politik bei der Neugründung der EU die notwendigen Handlungsspielräume eröffnen, die seit dem Debakel um den Verfassungsentwurf und der schweren Geburt des Vertrags von Lissabon verloren gegangen schienen. Denn nun verlangt der anstehende Umbau der heutigen EU hin zu einem echten europäischen Währungsgebiet über Debatten hinaus mehr demokratische

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Europas und die dauerhafte Stärkung demokratischer Beteiligungsrechte.

3.2 Soziales Europa

Die ideellen Grundlagen und Motive für den Zusammenschluss europäischer Völker in der Europäischen Union waren die Erwartung gegenseitiger Solidarität, Stärkung und Friedenssicherung. Davon haben wir uns zusehends entfernt. Mit dem Schwinden des Vertrauens in die Fähigkeit demokratischer Politik zur Überwindung der Krise und mit dem immer offenkundigeren Mangel an politischer Solidarität wird das Fundament der europäischen Integration untergraben. Die ökonomische, politische und kulturelle Wiederbelebung nationalstaatlicher Abgrenzung hat das Wiederaufleben nationaler Ressentiments gefährlich befördert. Das muss uns eine Warnung vor den möglichen katastrophalen Konsequenzen aus dieser Krise sein.

Die friedensstiftende Funktion des europäischen Integrationsprozesses bezieht sich auf weit mehr als auf die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet nach innen auch sozialen Frieden, gründend auf sozialer Gerechtigkeit. Hier wachsen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die Defizite, gehen zunehmend die sozialen Spannungen auf das Konto „Europa“. Während die EU einen immer größeren Einfluss auf das ökonomische, soziale und politische Leben gewonnen hat, ist die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum europäischen Integrationsprojekt rückläufig. Um diese Entwicklung zu stoppen, ist eine Abkehr von dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbild nötig, das sich auf die Verwirklichung der vier „Grundfreiheiten“ des Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 beschränkte und sich im Maastrichter Vertrag von 1993 fortsetzte.

Transnationale europäische Solidarität gerät in dem seit Maastricht eingeführten System von Wettbewerbsstaaten unter Druck, so wie der Druck

auf Löhne, Sozialausgaben und Steuern die Sozialstaaten in Europa selbst bedroht. Viele Staaten entkoppelten seitdem ihre Sozialausgaben vom Wirtschaftswachstum, um sich im innereuropäischen Wettbewerb Vorteile zu verschaffen.

Eine Gelegenheit, die Entkopplung der Wirtschaftsordnung von der Sozialordnung Europas zu überwinden, bestand nach dem Scheitern des Europäischen Verfassungsentwurfes in Frankreich und den Niederlanden. Stattdessen wird im Lissabon-Vertrag das duale System mit seiner neoliberalen europäischen Wirtschaftsverfassung auf der einen Seite und den nationalen sozialstaatlichen Traditionen und sozialpolitischen Schutzmechanismen der Mitgliedsstaaten auf der anderen Seite festgeschrieben. Dieses duale System ist aber nicht austariert. Den sog. Grundfreiheiten – also Marktfreiheiten – wird rechtlich Vorrang eingeräumt wird. Eine Umkehrung dieser Praxis ist notwendig:

- Die sozialen Grundrechte müssen, verankert als unmittelbar geltendes EU-Recht, Vorrang vor Wettbewerbsregeln bekommen.
- In den Verträgen muss verbindlich festgelegt werden, dass die EU nicht nur dem wirtschaftlichem, sondern auch dem sozialen Fortschritt dient.

An die Stelle der Logik des Systems der Wettbewerbsstaaten muss die schrittweise Koordinierung der Politiken der europäischen Staaten treten. Das könnte, ohne einheitliche Normierung der Sozialstaaten, in Form eines sozialen Stabilitätspakts geschehen, der die staatlichen Sozialleistungen an das ökonomische Entwicklungsniveau der jeweiligen Staaten koppelt. Ein „Korridormodell“ (Sozialer Stabilitätspakt), das entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit Spielräume für Sozialleistungsquoten festlegt, wird die Staaten auf dem Weg der Konvergenz weder über- noch unterfordern.

3.3 Europa der Vielfalt

Das Selbstverständnis einer neuen Europäischen Union basiert auf einer transparenten und wertegerechten politische Verfassung. Nicht „Vereinheitlichung“ bzw. Harmonisierung stiftet europäische Identität, sondern gemeinsame Werte, die sich in kultureller Vielfalt konkretisieren. Kulturelle Vielfalt gewährleistet die demokratisch legitimierte Entwicklung und Akzeptanz der Europäischen Union und die Identifikation ihrer Bürgerinnen und Bürger mit ihr. Gemeinsame Werte festigen den Zusammenhalt.

Einheit und Vielfalt

Handlungsbedarf und die Handlungsbereiche für Harmonisierung müssen stets mit dem Erhalt europäischer Vielfalt in Einklang bleiben. Vielfalt ist nicht ein im Interesse der europäischen Staatengemeinschaft zu überwindendes Problem, sondern die Lebensader und die eigentliche Identifikationsbasis der Union. „Einheit“ wurde im regulativen Ansatz des Binnenmarktes in der Vergangenheit zu stark der Vorzug vor „Vielfalt“ gegeben. Wir brauchen deshalb ein neu ausbalanciertes europäisches Verständnis von Vielfalt und Einheit, das die Europäische Staatengemeinschaft und damit die europäische Identität zu stärken vermag.

Europäisierung und Respekt vor der Vielfalt Europas erfordert schon die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Es verlangt, Europapolitik als Verantwortung gegenüber den Regionen zu begreifen und in ihnen ihre kulturellen und themenspezifischen Anknüpfungspunkte zu suchen. Demgegenüber vermittelt die Schwerpunktbildung der europäischen Rahmensetzung durch die Europäische Kommission aber oft den Eindruck, lediglich ein „Mehr“ an Harmonisierung bedeute ein „Mehr“ an Europa. Vielfalt und kulturelle Identität sollten innerhalb der Europäischen Union keine geduldeten Enklaven bzw. „gesondert geschützte Bereiche“ als Ausnahme zur Regel sein, sondern Selbstverständnis der Europäischen Union.

Mehr Integration und mehr Subsidiarität

Die aktuelle Debatte und der Umbau der EU eröffnen die Chance, die Aufgabenverteilung im Mehr-Ebenen-System zu überdenken und wenn notwendig zu justieren. Dies ist ein sensibles Unterfangen. So wie die Prüfung der für die Bereitstellung europäischer öffentlicher Güter notwendigen Instrumente zu „mehr“ Kompetenzen für die EU-Institutionen führen kann, muss in begründeten Fällen auch eine Umkehr möglich sein. Im Prinzip lässt sich sogar in bestimmten Bereichen eine Devolution vorstellen, die heute auf EU-Ebene verankerte Politikbereiche wieder in nationale oder regionale Verantwortung zurückführt – für ein Gutteil der EU-Agrarpolitik ist das eine durchaus erwägenswerte Option.

Die Zukunft der Europäischen Union kann nicht in einem fortlaufenden Trend zur Zentralisierung liegen. Europäisierung hat mindestens drei Ebenen: die supranationale, die nationale und die regionale. Es ist die Aufgabe von Forschung und Politik, im Zuge der Weiterentwicklung der EU die föderale Balance zwischen diesen Ebenen immer wieder aufs Neue zu überprüfen. Durch den Vertrag von Lissabon sind hier auch die nationalen Parlamente, denen ein neues Verfahren der Subsidiaritätskontrolle eröffnet wird, stärker in die Pflicht genommen.

Im Zuge der Krise sind die nationalen Parlamente dabei durch einen schwierigen Lernprozess gegangen. Dieser hatte jedoch den positiven Effekt, dass die Sensoren nationaler Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die Bereiche und Verfahren zur Kontrolle und demokratischen Legitimation europäischer Entscheidungen geschärft wurden.

Auch wenn die Lösung der Krise der Eurozone in wichtigen Bereichen die Schaffung europaweiter öffentlicher Güter durch europäische Zusammenarbeit erfordert, sollte dies nicht einen Großtrend der pauschalen Supranationalisierung einleiten. Nationale und lokale öffentliche Güter behalten

ihre Berechtigung. In diesem Sinne verlangt die neue EU eine Doppelstrategie von gleichzeitig mehr Integration und mehr Subsidiarität. Die Entwicklungspotenziale von staatenübergreifenden regionalen Zusammenschlüssen können dem Staatenbündnis dabei stabile und krisenfeste Grundlagen verleihen. Sie sind Teil der gemeinsamen Identität, die in einer neu zu begründenden Europäischen Union heranwachsen kann.

3.4 Europa in der Welt

Die Finalität, das endgültige Ziel der europäischen Integration, ist in den vergangenen Jahrzehnten anhand des spannungsreichen Begriffspaars „Vertiefung und Erweiterung“ diskutiert worden. Dieses Konzept ist unbefriedigend, da eine Begrenzung sowohl der Anzahl der EU-Mitglieder als auch der Integrationstiefe den heutigen und künftigen Veränderungen in Europa und der Welt nicht gerecht wird. Ihre Fähigkeit, nach innen und außen mit Wandel umzugehen ist eine der großen Stärken und letztlich die Triebkraft der europäischen Einigung. Sie muss erhalten und weiterentwickelt werden.

Für die Sozialdemokratie kann die Finalität der Europäischen Union letztlich keine Frage der geographischen Weite oder der anzustrebenden Integrationstiefe sein. Vielmehr sind Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität die Eckpfeiler für alle künftigen Integrationsschritte. Eine demokratische, gerechte und solidarische Union ist für die Menschen in Deutschland und den anderen Ländern der Europäischen Union greifbar und ein Ziel, für das es sich einzutreten lohnt. Sie sichert auch im globalen Rahmen die Bewahrung universeller Werte.

Bei der europäischen Frage geht es vor allem um die Demokratie in Europa und das Verhältnis zwischen den europäischen Gesellschaften, zwischen denen des Westens, der aufstrebenden Gesellschaften und der Welt. Der nationale Rechts- und Sozialstaat ist nicht die natürliche Heimat dieser

Demokratie, aber sie setzt Maßstäbe, die nicht zu unterschreiten sind.

Die Europäer können ihr sozialstaatliches Gesellschaftsmodell und die nationalstaatliche Vielfalt ihrer Kulturen nur noch gemeinsam behaupten. Sie müssen ihre Kräfte bündeln, wenn sie in der Weltpolitik und in der Weltgesellschaft auf die Lösung globaler Probleme wirksam Einfluss nehmen wollen. Darin genau besteht die Aktualisierung der Erzählung von der fortgeltenden Notwendigkeit der europäischen Einigung über die klassischen Ziele der Friedens- und Wohlstandssicherung hinaus. Die Länder Europas werden in der globalisierten Welt nur gemeinsam zur Selbstbestimmung und zur Mitbestimmung des Schicksals der Weltgemeinschaft fähig bleiben, wenn sie sich eng zusammenschließen und auf gemeinschaftliche Ziele einigen.

Die europäische Weltverantwortung geht über diese Sicherung der demokratischen Bestände hinaus. Die Rechts- und Sozialstaatlichkeit in den fortgeschrittenen europäischen Gesellschaften ist ein Beispiel mit globaler Ausstrahlung. Mit den aufsteigenden erfolgreichen Ökonomien in Asien, Lateinamerika und in Afrika enthält die Frage nach der Demokratie in Europa immer den Bezug auf die Entwicklung von Mächten, deren Kraft etwa bei der Finanzierung von IMF-Krediten erkennbar wird, aber deren Entwicklung von nur ökonomischen Mächten zu wirklich demokratischen Gesellschaften sehr unterschiedlich verläuft. Europa versteht sich nicht nur als wettbewerbsfähiger Großraum, sondern auch als Anbieter einer sozialen und kulturellen Lebensform.

Diese Lebensform, die sich durch ein hohes Maß an Freiheit in Verbindung mit sozialer Verantwortung auszeichnet – ein Modell, das in der Welt seinesgleichen sucht – ist nicht selbstverständlich, das erleben wir in der heutigen Krise. Ihren Wert zu erkennen und sie zu schützen ist Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

Um die globalisierte und multipolare Welt zu gestalten brauchen wir also Verhältnisse, die die Finalität Europas nicht geografisch oder institutionell schließen, sondern für diese Dynamik der Weltgesellschaft offen halten. Auch hier bildet die Demokratie die Leitidee, die von der lokalen bis zur globalen Ebene die zu treffenden Entscheidungen sortiert und Verantwortlichkeit sichert. Dafür kann ein Kosmopolitismus mit europäischem Gesicht, der Europas Welterfahrung und Weltverantwortung reflektiert, einen wichtigen Beitrag leisten.

Unser Aufruf zu einer grundlegenden Reform darf folglich nicht nur die akuten inneren Krisenerfahrungen des europäischen Projekts zum Ausgang nehmen, sondern auch die Welterfahrung und Weltverantwortung eines Europas, das sich aus seinen kolonialen und imperialen Verstrickungen vollständig löst. Es muss ein europäischer Kosmopolitismus sein, der nicht den wirtschaftlichen und kulturellen Eliten gehört, sondern Wurzeln in der Vorstellung eines solidarischen Lebens hat, der sich nicht in einen Gegensatz zum Leben in den vielen lokalen, regionalen und nationalen Lebenswelten bringt. Das würde Europa bereichern und auch gegenüber den vielfältigen und vitalen Familien- und Gemeinschaftsvorstellungen in den aufstrebenden Gesellschaften Gesprächsfähig machen.

4. Die Krise für den Neubeginn nutzen

4.1 Der Europäische Mehrwert

Der Zusammenhalt zwischen den Staaten und Bürgern in der EU wird nur dann dauerhaft gefördert werden, wenn durch die Gemeinschaft ein Mehrwert an Wohlstand, Recht und Sicherheit für alle ihre Mitglieder geschaffen werden kann. Die EU muss für ihre Bürgerinnen und Bürger solche öffentlichen und sozialen Güter bereitstellen, von denen alle – Staaten und Bürger der EU – profitieren und deren allgemeine Nutzung und Qualität nicht mehr nationalstaatlich gewährleistet werden kann.

Finanzielle Stabilität als europäisches öffentliches Gut

Finanzielle Stabilität innerhalb der WWU kann nur noch gemeinsam gewährleistet werden, in der Hauptsache vorbeugend durch die Koordinierung der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken. Um den Bestand der Währungsunion zu schützen bedarf es der Selbstermächtigung der Politik zur Re-Regulierung der Märkte und einer Souveränitätsübertragung auf europäische Institutionen. Eine langfristig stabile Währungsunion erfordert deshalb zwingend eine handlungsfähige politische Union.

Die notwendige politische Union der Eurozone bedarf auch der weiteren Demokratisierung sowie der makroökonomischen Stabilisierung der Währungsunion. In diesem Zusammenhang ist eine weitere Aufwertung der Rolle des Europäischen Parlamentes, aber auch die genauere Verteilung von Zuständigkeiten notwendig. Aus diesem Grund ist es erforderlich, parallel zu der bereits existierenden Eurogruppe im Rat eine Eurogruppe im Europäischen Parlament einzuführen, die aus den Parlamentariern der Euroländer besteht. Diese Eurogruppe kann dann demokratisch legitimierte Entscheidungen für die Währungsunion insgesamt treffen und die aufgewertete Rolle anderer supranationaler Institutionen demokratisch überwachen.

Öffentliche Daseinsvorsorge dezentral garantieren

Der Zugang zu öffentlichen Gütern ist eine wichtige Voraussetzung für die soziale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben und für die Ausübung ihrer demokratischen Rechte. Er fördert sozialen Zusammenhalt und die soziale Integration. Daher spielt die öffentliche Daseinsvorsorge in einem revitalisierten Europäischen Sozialmodell eine zentrale Rolle.

Es darf aber nicht ausschließlich Sache der EU sein, sondern muss eine Angelegenheit der Kommunen oder Nationalstaaten bleiben, zu entscheiden, welche Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sie in welcher Form staatlich organisieren wollen. Neben sozialen Diensten gehört dazu ein breites Spektrum an öffentlichen Dienstleistungen, das Bildungs- und Gesundheitswesen, Wasser- und Energieversorgung, Transport, Kommunikation, Wohnungsbau, Banken, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, eine große Zahl kultureller Einrichtungen und vieles mehr.

Gesicherte öffentliche Finanzausstattung

Angemessene nationalstaatliche Einnahmequellen sind – neben ihrer regulativen Funktion – eine Grundvoraussetzung, um sozialstaatliche Leistungen langfristig abzusichern. Auch in diesem Bereich muss die EU in Zukunft eine positivere Rolle spielen, insbesondere indem sie den Steuerwettbewerb nach unten, wie etwa im Bereich der Unternehmensbesteuerung, in Zukunft unterbindet. Auf europäischer Ebene muss dafür gesorgt werden, dass der ruinöse Steuerwettbewerb unterbunden wird und eine gerechte Verteilung der Gemeinschaftsfinanzierung auch in Zukunft noch möglich ist.

Zur makroökonomischen Stabilisierung der Währungsunion ist ein gemeinsamer Eurozonenhaushalt ebenfalls wünschenswert. Ein solcher Haushalt, der zusätzlich zum normalen EU-Finanzrahmen eingeführt würde, könnte Einnahmen

aus einer neuen Eurozonensteuer, wie etwa einer währungszonenweiten Finanztransaktionssteuer, erzielen. Es ist auch denkbar, dass ein Teil bereits existierender nationaler Steuern an einen solchen Haushalt abgeführt werden. Die Haushaltsberatungen würden im Rahmen der Eurogruppe im Europäischen Parlament stattfinden, im Gesamtinteresse der Währungszone Investitionen in die bedürftigsten Regionen liefern und somit einen größeren Puffer gegen asymmetrische Schocks bereitstellen. Insbesondere Infrastrukturmaßnahmen, die die strukturelle Integration der Eurozone weiter vorantreiben und die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen würden, könnten aus einem solchen Eurozonenhaushalt finanziert werden.

Soziale Mindeststandards

In der Europäischen Union gibt es eine Fülle von verschiedenen sozialstaatlichen Traditionen, die auch in absehbarer Zeit nicht auf ein einheitliches Modell zusammengeführt werden können, aber durch Koordination und Rahmensetzung gefördert werden müssen. Ein gewisses Maß der Annäherung der Sozialstaatmodelle ist bereits im Gange. Die Europäische Union muss bei der Entwicklung des „sozialen Europas“ eine stärkere Rolle spielen. Vor allem im Bereich der regulativen Sozialpolitik verfügt sie in allen wichtigen Bereichen dazu über die notwendigen vertraglichen Grundlagen und Instrumente. Die europäische Sozialdemokratie muss dafür sorgen, dass sie entschlossen eingesetzt werden.

Europäische Vielfalt nutzen: Beispiel Energiewende

Ein Beispiel dafür, dass die Erbringung lebenswichtiger öffentlicher Güter in der EU trotz der großen Bedeutung der europäischen Handlungsebene dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet bleiben

muss, ist die Energiewirtschaft. Das Beispiel des Ausbaus der Erneuerbaren Energien zeigt, wie privates, regionales und nationalstaatliches Engagement für die Staatengemeinschaft als Ganze Räume für Kooperationen eröffnet.

Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 1999, das inzwischen viele Länder Europas übernommen haben, hat eine Vielzahl von Akteuren - Private, Kommunen, Stadtwerke und Genossenschaften - einbezogen, regionale Wertschöpfungskreisläufe gefördert und regionale Strukturen sozial und ökonomisch gestärkt. Der Ausbau Erneuerbarer Energien wird so ein Beispiel praktizierter Subsidiarität, das die spezifischen Möglichkeiten der je einzelnen Mitglieder der Staatengemeinschaft nutzt. Eine europäische Harmonisierung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie von der EU-Kommission verfolgt wird, unterwandert hingegen diese Entwicklungspotenziale und Identifikationsmöglichkeiten. Die dezentrale Gewinnung und Nutzung Erneuerbarer Energien ruft zu einer Orientierung auf dezentrale Gestaltungsräume, Kulturen und Stärken des Menschen auf, anhand derer auch die innere Logik der Europäischen Union neu entdeckt werden kann.

4.2 Mehr Transparenz und Mitbestimmung

Krisen setzen „die“ Politik unter Handlungsdruck. Entscheidungen müssen rasch getroffen werden. Abwägungen und Kompromisse, wie sie sich idealerweise im politischen Diskurs oder in parlamentarischen Verhandlungen entwickeln, erscheinen dann als demokratischer Luxus. Politische Ausnahmestände verlangen rasche und vereinfachte Entscheidungsverfahren. Die Trennlinie zwischen Exekutive und Legislative verwischt. Krisen sind die „Stunde der Exekutive“. Diesem Politikmuster sind die liberal-konservativen Regierungskoalitionen in Europa überall gefolgt.

Effizienz versus Demokratie?

Die massive Intervention der Europäischen Zentralbank auf den Finanzmärkten geschieht praktisch ohne demokratisch legitimierte Instanzen wie dem Parlament oder gewählten Regierungen und erfolgt – mangels anderer wirksamer Instrumente – nur unter ökonomischen Imperativen. Nur die Gesamt-

garantie der Europäischen Zentralbank konnte verhindern, dass Spekulation die Zinsen auf die Staatsanleihen einiger verwundbarer Länder untragbar in die Höhe treibt und deren Finanzierung unmöglich macht. Ökonomisch mag diese Argumentation überzeugen, demokratiepolitisch jedoch nicht.

Demokratisch geboten ist, dass mit jedem Machtzuwachs der EZB auch die demokratischen Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten gestärkt werden. Geschieht das nicht, ist dies ein Verlust an Demokratie in Europa. Dies gilt für Schuldner wie für Geberländer. Über die Geldpolitik greift die Bundesbank mit ihren Bondaufkäufen und der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) mit seinen an Sparauflagen geknüpften Krediten tief in die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten ein. Das Budgetrecht, das vornehmste aller Parlamentsrechte, wird durch den europaweiten Export der in Deutschland erfundenen Schuldenbremse auf viele Jahre eingeschränkt. Das hat massive Beeinträchtigungen der ausgabenintensiven Ressorts der Sozial- und Bildungspolitik zur Folge. Damit werden Kernbereiche des sozialen Europa trocken gelegt und das Gerechtigkeitsprinzip in der EU massiv verletzt.

Solche Beschränkungen demokratischer Kontrolle könnten allenfalls mit dem Argument begründet werden, dass die Fortsetzung der wirtschaftlichen Verwerfungen schwerwiegender für die Bürgerinnen und Bürger wären, als die in Kauf genommenen Demokratieverluste, und daher deren Zustimmung finden. Eine solche „Verrechnungsleistung“ von finanzpolitischen Vorteilen mit demokratischen Nachteilen nach dem Grundsatz „weniger Demokratie für die Bewahrung der politischen Handlungsfähigkeit gegenüber den Finanzmärkten“ ist problematisch, aber nicht von vornherein abwegig.

Es ist eine offene Frage, ob die weitere Vergemeinschaftung von nationalem Recht und nationalstaatlichen Politiken ohne Demokratieverluste auf nationaler Ebene möglich ist. Die Geschichte der Demokratie hat große räumliche Transformatio-

nen erlebt. Durch sie wurde die Demokratie zwar weniger direkt, dafür aber inklusiver. Es muss in der EU deshalb gelingen, Kompetenztransfers auf die europäische Ebene mit ausreichenden demokratischen Partizipations-, Repräsentations- und Kontrollmöglichkeiten zu begleiten. Insbesondere die demokratischen Güter der Transparenz und Entscheidungskontrolle müssen auf europäischer Ebene deutlich verbessert werden. Jeder weitere Integrationsschritt muss durch eine Vertiefung der Demokratie begleitet werden.

Demokratie hat eine *Input-* und *Output-*Dimension. Die *Input-*Dimension bilden die Institutionen und Verfahren demokratischer Partizipation, Repräsentation und Entscheidungsfindung. Der *Output* wird durch die materialen Entscheidungsergebnisse repräsentiert. Dies gilt für den Frieden, die wirtschaftliche Wohlfahrt, die rechtliche und soziale Sicherheit, ja generell für die Lebenschancen aller Bürgerinnen und Bürger. Die Leistungen der Europäischen Union sind imponierend. Die Output-Legitimation ist in der Europäischen Union gegenwärtig noch stärker ausgeprägt als die Input-Legitimation. Wechselseitige Kompensationsleistungen zwischen den beiden Dimensionen sind durchaus legitim, solange sie von den Bürgern und Bürgerinnen akzeptiert werden und die normativen wie prozeduralen Gehalte der Demokratie nicht gefährden. Beides ist gegenwärtig keineswegs automatisch gesichert. Die gegenwärtigen Schübe der Vergemeinschaftung aus der Krise heraus müssen ohne Zweifel stärker in demokratische Verfahren und Kontrolle eingebettet werden. Europa muss also sowohl effizienter als auch demokratischer gestaltet werden.

Solidarität und Verantwortung: Beispiel Fiskalunion.

Die Fiskalunion ist ohne politische Union demokratisch nicht legitimiert, denn eine Fiskalunion bedeutet, dass es auf europäischer Ebene ein Eingriffsrecht in nationale Haushalte gibt. Ein solches Eingriffsrecht beschneidet die Souveränität nationaler Parlamente und bedarf einer soliden demokratischen Legitimation auf europäischer Ebene.

Demokratisierung der Europäischen Union heißt jedoch nicht zugleich die Schwächung der nationalen Demokratien der Mitgliedsländer. Im Gegenteil: Angesichts der größeren Bedrohung für die nationale Demokratie, die die Abhängigkeiten von globalen Finanzmärkten und zwischenstaatlichen Hilfsleistungen darstellt, verschafft gemeinsames Handeln erst Entscheidungsspielraum. Die Krise zeigt, dass der Verzicht auf eine vertiefte europäische Integration und auf eine Demokratisierung der EU die nationalen Demokratien bedroht. Die Übertragung von nationalstaatlicher Souveränität auf die europäische Ebene muss aber in definierten Grenzen gehalten werden, zum Beispiel beim Interventionsrecht bei Verletzung der gemeinsam beschlossenen Fiskalpolitik im Euro-Raum.

Mehr Europa muss mehr Demokratie bedeuten

Grundsätzlich gilt: Immer wenn wir in der EU Spielraum für Politiken schaffen, die über nationale Grenzen hinweg Umverteilungseffekte zur Folge haben, muss auch ein europäischer Gesetzgeber mit umfassenden Rechten, der die Bürgerinnen und Bürger vertritt, über diese Politiken beschließen können.

Die Aufwertung des *Europäischen Parlaments* zu einer voll funktionsfähigen Legislative beinhaltet keineswegs zwingend die Ausweitung der Aufgaben der Union, die letztlich die nationalen Parlamente überflüssig macht. Vielmehr verlangt demokratische Legitimation in der EU nach einer parlamentarischen Kontrolle, die dem Mehr-Ebenen-System gerecht wird: Wo die Union Zuständigkeiten besitzt, muss das Europäische Parlament entscheiden. In allen anderen Bereichen bleiben die nationalen Parlamente in der Verantwortung. Eine effektive Kontrolle durch das Europäische Parlament kann aber nur durch ein demokratisch gewähltes Parlament erfolgen, das sich seinerseits auf die politische Öffentlichkeit einer europäischen Bürgerschaft stützt und aus europäischen Wahlen mit europäischen Listen und europäischen Kandidaten für die europäische Exekutive hervorgeht.

Demokratische Legitimation ist ohne Politisierung und ohne eine europäische demokratische Öffentlichkeit nicht zu haben. Entsprechend gäbe es dann zum Beispiel eine rot-grüne Exekutive, die von einer rot-grünen Mehrheit des europäischen Parlamentes gestützt ist oder eine konservativ-liberale, oder eine große Koalition.... sprich, eine Normalisierung der politischen Willensbildung auf europäischer Ebene in Gestalt programmatischer Konkurrenz und der Option für die europäische Bürgerschaft, alle fünf Jahre eine Richtungsentscheidung zu treffen.

Bei *europäischen Wahlen* muss künftig ein Grundprinzip der Demokratie gelten: *One human, one vote*. Die Bevorzugung der Wählerinnen und Wähler kleinerer Staaten ist dann nicht mehr gerechtfertigt. Allerdings sollte es ein Zweikammersystem geben. Diese zweite Kammer repräsentiert die Gemeinschaft der Mitgliedstaaten. Sie wirken an der Gesetzgebung mit und können in bestimmten zentralen Bereichen am Einstimmigkeitsprinzip festhalten, um dort die nationale Souveränität zu sichern. Dies sollte zum Beispiel für die Regeln der Fiskalunion gelten, deren Einhaltung durch europäische Interventionsrechte gesichert wird.

Die *nationalen Parlamente* der Mitgliedsstaaten werden durch eine solche Parlamentarisierung der reformierten Wirtschafts- und Währungsunion nicht lediglich zu Zaungästen gemacht. In den Politikbereichen, in denen die EU-Ebene keine Zuständigkeiten besitzt, bleiben sie die entscheidenden Akteure. Und in den Bereichen, in denen heute oder in Zukunft das Europäische Parlament entscheidet, kommen ihnen gleichwohl zwei wesentliche Aufgaben zu:

1. Die nationalen Parlamente wirken durch die Subsidiaritätskontrolle immer auch indirekt an der europäischen Gesetzgebung mit. Dadurch sind sie weiterhin wesentlich an der Vertretung der nationalen Interessen und auch an der Machtausübung in Europa beteiligt.

2. Die nationalen Parlamente verstärken die politische Eigenständigkeit der jeweiligen Wahlbevölke-

rung und wirken als Vermittler und Übersetzer politischer Einsichten zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer staatlichen Organisation. Insbesondere wegen der Sprachbarrieren haben die nationalen Parlamente die Aufgabe, untereinander und mit dem Europäischen Parlament ein dichtes Netz zu weben, das die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern auf nationaler und subnationaler Ebene erhält.

Die Legitimation von Entscheidungen im europäischen Verbund ist daher wie oft dargestellt kein Nullsummenspiel, sondern eine Frage der Verzahnung der supra-, der nationalen- und der subnationalen parlamentarischen Ebenen. Ganz konkret hieße das, neben der bestehenden Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente an weiteren institutionalisierten oder ad-hoc Formen der Verzahnung zu arbeiten. So wäre etwa denkbar, dass das Europäische Parlament eine parteiübergreifende Gruppe von Vertretern aus den nationalen Parlamenten regelmäßig in die Beratungen zum neuen „Europäischen Semester“ einbezieht. Für Deutschland als föderales System hieße das, auch den Bundesrat oder Landesparlamente in diesen Austausch einzubeziehen. Auf diesem Wege würde auch einer Europäisierung der Parteien Vorschub geleistet, da sich die nationalen Abgeordneten ihrem politischen Reflex nach Orientierung in ihrer Parteifamilie auf europäischer Ebene suchen werden.

Die fortschreitende Europäisierung der Wirtschafts- und Währungsunion folgt dabei keiner linearen Blaupause. Wenn heute von „mehr Europa“ die Rede ist, dann kann dies sowohl hinsichtlich der Substanz als auch hinsichtlich der Verfahren unterschiedliche Spielarten bedeuten. Dabei ist nicht automatisch anzunehmen, dass eine umfassende Vergemeinschaftung von bisher in den Händen der Nationalstaaten liegenden Kompetenzen mit starken Rechten für Kommission, Rat und EP immer auch die beste und vor allem demokratischste Lösung ist. Der alte Reflex einer Europäisierung durch Kompetenzübertragung, der als Erfolgsmodell lan-

ge getragen hat, ist mit der wachsenden Zahl von Mitgliedern und Interessen und einer zunehmenden Tiefe der Integration an seine Grenzen gelangt.

Eine stärkere Form der Koordinierung zwischen Regierungen, abgedeckt durch eine Kontrolle der nationalen Parlamente, kann heute ebenso eine Spielart von Europäisierung sein. Wir müssen uns von den alten Dichotomien („Hauptstädte gegen Brüssel“, „Europäisches Parlament oder nationale Parlamente“, „supranational oder intergouvernemental“) verabschieden, um zu einer neuen Sicht auf die Verzahnung von nationaler und europäischer Ebene zu kommen, die das Machbare in den Blick nimmt. Die Bürger und Staaten Europas werden mit ihren jeweiligen Eigenheiten Teil der Union bleiben und nicht in ihr aufgehen.

Verfassung einer supranationalen Demokratie

Das Leitbild, das am ehesten geeignet erscheint, an die aktuellen politischen Realitäten anzuknüpfen, ist die Verfassung einer supranationalen Demokratie, die ein gemeinsames Regieren erlaubt, ohne die Gestalt eines Bundesstaates anzunehmen. Der europäische Bundesstaat ist das falsche Modell und überfordert die Solidaritätsbereitschaft der historisch eigenständigen europäischen Völker. Die heute fällige Vertiefung der Institutionen könnte sich von der Idee leiten lassen, dass ein demokratisches Europa die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger aus den EU-Mitgliedstaaten repräsentieren soll, aber jeden einzelnen in seiner doppelten Eigenschaft als direkt beteiligtes Mitglied der reformierten Union einerseits, als indirekt beteiligtes Mitglied eines der beteiligten europäischen Staaten andererseits.

Ein solches Europa vertiefter Integration ist sowohl mit föderal verfassten wie mit zentralistisch verfassten Mitgliedstaaten vereinbar. Es handelt sich nicht um einen Super-Nationalstaat, es handelt sich nicht um die Vereinigten Staaten von Europa nach US-Muster. Dieses Europa wäre multi-national, multi-lingual und multi-kulturell, es wäre polyzen-

trisch und hätte als Organisationsprinzip Kooperation vor Hierarchie. Die Aufgabenverteilung über die politischen Ebenen von der Kommune bis zu EU, der prozentuale Anteil der Haushalte, das Maß der Einflussnahme europäischer Gesetzgebung auf die nationale wäre mit diesem Design nicht präjudiziert. Selbst wenn sich die vertiefte Integration lediglich auf die Sicherstellung der gemeinsamen Währung beschränkte und die Haushaltsmittel auf europäischer Ebene unverändert blieben, wäre eine solche Form der Demokratisierung wünschenswert. Prinzipiell wäre in einem solchen Modell auch eine Devolution von Zuständigkeiten denkbar.

Ein solches Europa ist nicht mit einem Schlage herzustellen – der Weg dahin hat aber eine solche Tragweite, dass die Reform der EU nicht wie noch in Maastricht, Amsterdam und Nizza einer Konferenz der Regierungen der Mitgliedstaaten überlassen sein darf. Sie hat eine solche Tragweite, dass ein Konvent benötigt wird, der eine breite parlamentarische Legitimation durch alle europäischen Bürgerinnen und Bürger hat.

■ Ein Verfassungskonvent sollte deshalb die im Zuge der Krise bereits erfolgten Sofortmaßnahmen nachträglich demokratisch legitimieren und auch die notwendige Legitimation für das neue, politisch geeinte europäische Währungsgebiet geben.

■ In einem Referendum sollte den Bürgerinnen und Bürgern dann die neue Ordnung der reformierten Währungsunion zur Abstimmung vorgelegt werden. Ein solches Referendum abzuhalten erscheint angesichts der europapolitischen Gesamtlage als geradezu waghalsig. Aber es ist buchstäblich notwendig. Und wenn es mit einer klaren Perspektive für eine demokratische und soziale Europäische Union einhergeht, ist es auch zu gewinnen.

In einer kürzeren zeitlichen Perspektive besteht in der Bundestagswahl 2013 und den Europawahlen 2014 die Chance, für eine gerechte, soziale und demokratische Europäische Union zu streiten und Überzeugungsarbeit zu leisten. Im Vertrag von Lissabon heißt es, dass der Europäische Rat „unter Berücksichtigung der Wahlen zum Europäischen Parlament“ einen Kandidaten für das Amt

des Kommissionspräsidenten vorschlägt. In der Praxis ist der Europäische Rat dabei gebunden an den Kandidaten der Fraktion, die als stärkste aus den Wahlen hervorgeht. Durch die 2014 zu erwartende Personalisierung der Europawahl sind Mobilisierungseffekte für die Unionsbürgerinnen und Bürger zu erwarten, die von den nationalen Parteivertretern nach Kräften unterstützt werden sollten. 2014 könnte so der erste Europawahlkampf werden, in dem es gelingt, über Personen und damit verbundene Themen den Trend zu wenden, der seit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 immer weniger Menschen an die Urnen gebracht hat.

Die Entscheidung der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, bei den nächsten Europawahlen mit einem gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten in den Europawahlkampf zu ziehen, sollte deshalb auch in den sozialdemokratischen Parteien der EU-Länder nach Kräften unterstützt werden. 2014 könnte so zum ersten echten Europawahlkampf werden: zum Wahlkampf, in dem die Chance besteht, Richtungsentscheidungen für das neue demokratische und soziale Europa zu treffen.

4.3 Unterschiedliche Geschwindigkeiten, verschiedene Entwicklungspfade

Eine realistische Integrationspolitik, gerade wenn sie große Ziele verfolgt und vor kleinen Tagesinteressen nicht kapituliert, muss damit rechnen, dass auch nach gründlicher Debatte nicht jeder Schritt auf diesem Weg von vornherein von allen Mitgliedsländern und ihren Bürgerinnen und Bürgern mitgegangen und mitgetragen wird. Für große Schritte wie die anstehende Europäisierung des Währungsraumes gilt dies in besonderer Weise. Es gibt Länder, die sich bereits heute dafür entschieden haben, keine weiteren Integrationsschritte in der Währungsunion und darüber hinaus mitgehen zu wollen. Und es gibt Länder, die noch nicht Mitglieder der Währungsunion sind, sich aber zu einem Beitritt bekennen und sich aktiv an der

Beilegung der Krise beteiligen. In Wahlen und Abstimmungen wird sich zudem zeigen, dass – selbst wenn Regierungen gewillt sind, den Weg zu einer neuen Eurozone mitzugehen – sie dafür möglicherweise keine oder noch keine Unterstützung bei ihren Bürgerinnen und Bürgern finden.

Im Zuge der Krise haben die EU-Länder mit voller Wucht den Schock der Ungleichheit erlebt: wirtschaftlich und politisch. Wie viel Ungleichheit aber verträgt die Eurozone? Welches Maß an Unterschieden kann sie noch auffangen, ohne dass es letztlich auf Kosten aller geht und das System nicht mehr trägt? Ökonomische Leistungsfähigkeit, konjunkturelle Entwicklung, tradierte wohlfahrtsstaatliche Pfade, institutionelle Designs, regionale Besonderheiten und die unterschiedlich beantwortete Frage nach dem Ziel des Integrationsprozesses sind einzupreisen statt sie versuchsweise schnell zu nivellieren. Dies ist eine der entscheidenden Lehren aus der Krise. Unterschiede, Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit: sie treten jetzt wieder stärker zuvor und sollten dennoch nicht als unüberwindbare Hindernisse für eine Stärkung der neuen EU gesehen werden.

Perspektive differenzierter Integration

Die Erfüllung europäischer Ziele sollte sich aber vor diesem Hintergrund noch stärker an Ländergruppen orientieren. Bis vor kurzem noch musste die Perspektive differenzierter Integration als Drohkulisse erhalten, um den Druck auf widerspenstige Regierungen zu erhöhen, ihre Zustimmung zu künftigen Integrationsritten zu erteilen. Die vergangenen zwei Jahrzehnte sind voll von diesen Drohgebärden. Umgekehrt aber sollte eine weitere Differenzierung der Integration jedoch als Chance und nicht als Tabu verstanden werden. Bereits heute ist sie Realität – der Euro und Schengen sind hier die anschaulichsten Beispiele – und mit der Perspektive der Reform des europäischen Währungsgebietes wird sie eine neue Qualität erreichen.

Während es in vielerlei Hinsicht deutlich gemeinschaftsschonender wäre, die kommenden Integ-

rationsschritte gemeinsam zu organisieren, lässt die aktuelle europapolitische Lage keine Wahl, als das Wagnis einer neuen Form der abgestuften Mitgliedschaft in der EU einzugehen. Die Perspektive einer neuen Qualität von Ungleichzeitigkeit von Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern ist dabei nicht lediglich – wie es im deutschen Kontext zu oft erfolgt – aus der Perspektive des Europarechts zu diskutieren; sie ist in erster Linie eine politische Entscheidung.

Ein Europa, das die Kluft zwischen Euro- und nicht-Euro-Ländern vertieft, wirft die grundsätzliche Frage auf, wie viel Ungleichzeitigkeit die „immer engere Union der Völker“ verträgt. Wie kann das absehbare neue Niveau unterschiedlicher Geschwindigkeiten mit dem Zusammenhalt der EU in Einklang gebracht werden? Diese Frage stellt sich mit der Perspektive einer Ergänzung der unvollständigen Währungsunion und der damit verbundenen – zumindest zeitweisen – Abkoppelung der Euro-Länder von den bewussten und ungewollten Nachzüglern mit neuer Dringlichkeit. Deutschland als eines der wichtigsten Länder im Kern der Eurozone sollte hier eine Brückenfunktion übernehmen – eine Aufgabe, die es in der Vergangenheit häufig und zum Wohl der EU übernommen hat, und zu der es jetzt zurückkehren sollte. Die Frage selbst kann freilich nur durch eine entschlossene, aber besonnene Praxis beantwortet werden.

Denn ein Europa der Ungleichzeitigkeit, wie es jetzt mit der Reform des Währungsgebietes in nie dagewesener Intensität angestrebt wird, ist mit Risiken verbunden: Es macht die EU zumindest für eine Übergangszeit nicht transparenter, sondern unübersichtlicher; es stellt ihren politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe; es riskiert die Entstehung von unterschiedlichen Rechtsräumen, die möglicherweise gewollt oder ungewollt miteinander konkurrieren. Wenn Differenzierung in diese Richtungen führt, wirkt sie nicht konsolidierend, sondern spaltend. Diese Risiken abzufedern, muss deshalb integrativer Bestandteil der Differenzierungsstrategie der EU und

ihrer Mitglieder sein. Positiv formuliert ist ihr Ziel, jedem Mitglied den Platz zu geben, den es nach einem demokratischen Prozess bereit und fähig ist, einzunehmen. Voraussetzung ist allerdings eine im Grundsatz positive Haltung und ein loyales Verhältnis zu den Errungenschaften der EU, insbesondere zu ihren Werten und ihrem Binnenmarkt.

Das Bild eines neuen Europa

Im Ergebnis wird das Bild des neuen Europa, das sich aus der Krise heraus realisieren lässt, in etwa diese Gestalt haben: Im Kern befinden sich die Länder der Eurozone, die bereit sind, den Schritt zu einer echten integrierten Währungsunion mitzugehen. Um sie herum bilden sich wiederum Kreise von Ländern innerhalb der EU, die unterschiedliche Ambitionen im Hinblick auf einen Beitritt zur gemeinsamen Währungszone haben: diejenigen Länder, die sich im Zuge ihrer Beitritte seit 2004 dazu verpflichtet haben, dem Euroraum beizutreten, sofern und sobald die Bedingungen dies erlauben; weitere EU-Länder, die schon jetzt ihre Währungssysteme eng mit dem Euro verwoben haben, aber ihm bis auf Weiteres nicht beitreten wollen, obgleich sie es könnten; und schließlich Länder wie Großbritannien, bei denen ein Zubewegen auf die Eurozone immer unwahrscheinlicher wird.

Einen weiteren Kreis um das integrierte Währungsgebiet bilden Länder außerhalb der EU, die, in der Nachbarschaft der Europäischen Union gelegen, ein Interesse am Binnenmarkt oder anderen Bereichen der Zusammenarbeit haben, aber keine EU-Mitglieder werden wollen oder können. Indem sich die EU nach innen noch stärker als bisher differenziert, könnte sie es auch schaffen, ihren zum Teil schwierigen nachbarschaftlichen Beziehungen (etwa mit Blick auf die Türkei) einen neuen, konstruktiven Impuls zu geben: Diese Länder könnten einfacher Mitglieder der Europäischen Union werden, wenn auch nicht des Währungsgebietes.

Wesentliches Kennzeichen des Währungsgebietes aber muss sein, dass er grundsätzlich offen für den

Beitritt weiterer Mitglieder ist, sofern vorab miteinander vereinbarte Bedingungen erfüllt sind. Das Ziel ist eine Gesundung der Währungsunion in ihrem Kern, die dann Ausstrahlung entwickelt und neue EU-Länder aufnehmen kann. Differenzierung ist in dieser Hinsicht also lediglich ein Umweg, um ein vereintes europäische Währungsgebiet zu erreichen. Das Modell ist dabei nicht statisch und auf die Wirtschafts- und Währungsunion begrenzt zu sehen. Vielmehr bietet es anderen Ländern außerhalb des engen Kerns der Währungsunion die Möglichkeit, in anderen Bereichen, etwa der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Führung zu übernehmen und ihrerseits neue Formen der Zusammenarbeit zu bilden. Großbritannien wäre ein Beispiel für ein Land, das sich im Kern der Währungsunion nicht aufgehoben fühlt, aber an einer stärkeren Zusammenarbeit, wohlbemerkt intergouvernemental, im Sicherheitsbereich interessiert ist.

Seinem Wesen nach wäre das integrierte Währungsgebiet jedoch das Kraftzentrum der EU. Damit die Eurozone aber wieder gesunden kann reicht es nicht aus, lediglich auf die Anstrengungen der Regierungen zu setzen. Auch die EU-Ebene muss über größere finanzielle Mittel verfügen, die sie einsetzen kann, um den Krisenländern auf die Beine zu helfen. Die Eurozone darf dabei aber gerade für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zu einem Club der Reichen werden (was in der gegenwärtigen Situation illusorisch klingen mag, aber durchaus eine Perspektive ist). Denn dann droht der mit den Beitritten der Länder Mittel- und Ost-europas erfolgte wesentliche Schritt zur Einigung des europäischen Kontinents nachträglich wieder unterlaufen zu werden. Die Länder des integrierten Währungsgebietes müssen deshalb auch daran arbeiten, dass die neue Integrationstiefe nicht letztlich zur unüberwindbaren Hürde für Nachzügler wird.

Im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon, der Schutzmechanismen für eine Differenzierung der Integration vorsieht, sollten jetzt diejenigen entschlossen vorangehen, die im Fortschritt der Integration die

beste Lösung für die Überwindung der gegenwärtigen Krise, des Vertrauensverlusts der Bürgerinnen und Bürger und der Verringerung des Ansehens und der Handlungsmacht der EU in der Welt erkennen. Ihr Erfolg wird sich als das stärkste Argument erweisen, die heute Zögernden zu überzeugen, sich zu ge-

gebener Zeit dem voranschreitenden Europäischen Projekt anzuschließen. Das Zulassen einer stärkeren Binnendifferenzierung könnte so sowohl nach innen als auch nach außen ein Weg sein, um die Blockaden zu überwinden, die die EU jetzt besonders akut, aber nicht erst seit der Krise lähmen.

5. Womit beginnen?

Kurzfristig müssen die Auflösungstendenzen gestoppt werden, denn sie führen in die falsche Richtung und machen langfristige Lösungen unmöglich. Dafür ist ein Kurswechsel in der aktuellen Krisenpolitik dringend erforderlich.

1. Als erster Schritt ist die von der EZB abgegebene Erklärung der unbegrenzten Refinanzierung der von Spekulation bedrohten Staaten unabdingbar, um den Zinsdruck aufzuheben und die Staaten durch die EZB bzw. dem ESM (mit Bankenlizenz) zu erschwinglichen Zinsen zu refinanzieren.

2. Die grundsätzliche Bereitschaft der europäischen Staaten zu gemeinsamer Haftung durch ESM bzw. EZB in letzter Instanz ist nötig, um den Fortbestand des Euro gegenüber Finanzmarktakteuren dauerhaft zu sichern. Gleichzeitig ist die gemeinsame Haftung eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme unter den Mitgliedsländern der WWU und nötig für die weitere Kooperationsbereitschaft der europäischen Nachbarn beim gemeinsamen Schuldenmanagement und einer effektiven Bankenregulierung.

3. Ende des Austeritätskurses: Weil die von der konservativ-liberalen deutschen Bundesregierung vertretene Fixierung auf Haushaltsdisziplin durch rigorose Kürzungen staatlicher Ausgaben den Schuldenstand vergrößert und untauglich ist, die durch die Finanzkrise ausgelöste Rezession zu

überwinden, muss sie beendet werden: z.B. durch Streckung der Tilgungsfristen, Rücksichtnahme auf die konjunkturelle Situation.

4. Eine gemeinsame europäische Wachstumsstrategie ist nötig zur Haushalt-Konsolidierung und wirtschaftlichen Erholung, z.B. ein „European New Deal“ als Zukunftsinvestitionsprogramm in Bildung, Forschung und Entwicklung oder Energie- und Klimaprojekte entsprechend der Eckpunkte des im März 2011 vom SPD-Präsidium beschlossenen »Wachstums- statt Wettbewerbspakt«.

Mittel- bis langfristig müssen tragfähige Lösungen für die Reform der Europäischen Union mit einer tiefer integrierten Eurozone in ihrem Kern erarbeitet werden. Hierfür bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Prozesses, um die Bevölkerung an dieser Neugründung so weit wie möglich teilhaben zu lassen. Dies wird eine Kernaufgabe des nächsten Jahrzehnts sein.

1. Einführung von Mindeststandards bzw. Korridoren: Dazu gehören Steuerharmonisierung, Mindestlöhne, soziale Mindeststandards, Koordinierung der Sozialausgaben (z.B. nach einem »Korridor«-Modell, das den Umfang des Sozialstaates an das ökonomische Entwicklungsniveau jedes Staates koppelt, um das Interesse insbesondere der osteuropäischen Staaten an nachholender Entwicklung zu berücksichtigen).

2. Institutionelle Europäisierung: Stärkung des Europäischen Parlaments und der Europakompetenzen der nationalen Parlamente; Interparlamentarische Ausschüsse bei Haushalt und Finanzen, Gemeinsamer Verfassungsausschuss, „Subsidiaritätskontrolle“.

3. Nationale Haushaltsrechte werden nach gemeinsamen Regeln, Kriterien oder Korridoren ausgeübt – mit dem Ziel der Konvergenz sozialer Standards oder im Sinne der europäischen Kooperation. Die Kriterien oder Korridore sollten durch die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament gebilligt werden. Die Reform der EU-Eigenmittel gehört ebenso auf die Agenda: die europäische Ebene braucht mehr Spielraum für die Unterstützung nationaler Strukturpolitiken und die Beseitigung krasser ökonomischer Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten.

4. Die Erweiterung von demokratischen Teilhaberechten kann nicht in einem einzigen Schritt erfolgen, sondern durch einen kontinuierlichen, vertrauensbildenden Prozess zwischen den nationalen und den europäischen Institutionen – etwa in Analogie zu den „vertrauensbildenden Maßnahmen“ zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes.

5. Wo Europa transnational agieren muss und globale Verantwortung trägt – wie beim Klimaschutz, Ressourcen, Energie, Frieden oder Sicherheit – werden durch öffentliche Willensbildung gemeinschaftliche Interessen und Identitäten gestärkt.

6. Was die Menschen in Europa zusammenhält, ist ein gemeinsames Bildungs- und Kulturfundament. Bildung und Kultur sind Teil der europäischen Lebensform, die es zu stärken gilt.

6. Europa im 21. Jahrhundert

Die klassische Erzählung vom Sinn und von der Bedeutung der Europäischen Einigung als zuverlässiges und zukunftsorientiertes Mittel der Friedens- und Zukunftssicherung für die Völker Europas nach Jahrhunderten der Selbstzerfleischung konnte und kann immer nur ein Anfang sein. An ihn zu erinnern ist wichtig; aber für sich genommen reicht der Verweis auf das geistige Erbe Europas so wenig aus wie die Erinnerung an die widersprüchlichen weltpolitischen Erfahrungen, die auf diesem zerrissenen Kontinent gemacht worden sind, um in den jüngeren Generationen Begeisterungen für das große Einigungsprojekt zu entfachen.

Die einstigen Einigungsziele, in ihrer Zeit nicht mehr als große Hoffnungen, scheinen erreicht. Sie sind jedoch, wie die jüngste Krise zeigt, unerwartet stark gefährdet. Ihre Sicherung bedarf neuer, bedeutender Anstrengungen, in der die Erinnerung

an die Tradition durch ein hohes Maß an institutioneller Phantasie ergänzt werden muss.

In der globalisierten Gegenwartwelt, in der aufsteigende Schwellenländer wie Indien, China, Brasilien und andere sich anschicken, neben den USA und teilweise in Konkurrenz mit ihnen die Geschehnisse der Welt zu bestimmen, politisch, wirtschaftlich und damit auch sozial, können die im Vergleich mit ihnen sehr kleinen europäischen Staaten ihr politische Selbstbestimmung, ihren Wohlstand und ihre soziale Errungenschaften nur sichern, wenn sie sich in allen entscheidenden Fragen verbünden und verbinden. Dazu bedarf es eines neuen Schritts zur europäischen Einigung, der Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitglieder auf allen ihren Handlungsebenen.

Wir müssen die Erzählung von Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit aus der europäischen Gründungsphase ergänzen durch das zwingende Argument, dass unsere Länder in der globalisierten Welt nur noch in dem Maße Handlungsfähigkeit und damit die Fähigkeit zur Selbstbestimmung haben werden, wie sie sich fähig zum politischen Zusammenschluss in der EU erweisen.

Die Europäische Union ist für ihre Staaten und Bürger der Ort, an dem sie Freiheit und Selbstbe-

stimmung solidarisch miteinander leben können. Freiheit und Selbstbestimmung aber werden in Zukunft nur möglich sein, wenn diese Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger noch stärker als bisher füreinander Verantwortung übernehmen. Wenn diese Überzeugungsarbeit gelingt, dann kann der Europagedanke auch für die nachwachsenden Generationen wieder an Attraktivität gewinnen und zum Fundament für das Einigungswerk des 21. Jahrhunderts werden.

Mitglieder der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

Vorsitzender:

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, München

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn

Prof. Dr. Gesine Schwan, Berlin

Mitglieder:

Prof. Dr. Martin Allespach, Frankfurt/Main

Björn Böhning, Berlin

Dr. Claudia Bogedan, Bonn

Prof. Dr. Christine Färber, Potsdam

Gernot Grumbach, MdL, Frankfurt/Main

Dr. Dierk Hirschel, Berlin

Wolfgang Jüttner, MdL, Hannover

Dr. Henning Meyer, London

Michael Müller, Berlin/Düsseldorf

Kerstin Rothe, Berlin

Dr. Nina Scheer, Berlin

Christina Schildmann, Berlin

Prof. Dr. Hermann Schwengel, Freiburg/Breisgau

Prof. Dr. Johano Strasser, Berg bei Starnberg

Korrespondierende Mitglieder:

Doris Barnett, MdB, Ludwigshafen

Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, Kiel

Hubertus Heil, MdB, Peine

Nicolette Kressl, MdB, Rastatt

Natascha Kohnen, MdL, München

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Pinneberg

Dr. Eva-Maria Stange, MdL, Dresden

Dr. h. c. Wolfgang Thierse, MdB, Berlin

Wolfgang Tiefensee, MdB, Leipzig

Beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Volker Gerhardt, Hamburg/Berlin

Prof. Dr. Anke Hassel, Berlin

Prof. Dr. Gustav Horn, Düsseldorf/Bad Belzig

Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Berlin

Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse, Vechta/Tübingen

Almut Möller, Berlin

Dr. Elif Özmen, München

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Potsdam

Prof. Dr. Rosemarie Will, Berlin

Ehrenmitglieder:

Dr. Erhard Eppler, Schwäbisch-Hall

Dr. Hans-Jochen Vogel, München

Sekretär:

Dr. Hans Misselwitz, Berlin